

14/BI XXIV. GP

Eingebracht am 25.09.2009

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative

Formblatt für eine Bürgerinitiative

BÜRGERINITIATIVE gegen den Modernen Kreuzzug

Seitens der Einbringer wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Änderung des Parteiengesetzes

ANLIEGEN:

Wie auch schon bei früheren Wahlkampagnen treten auch bei der EU Wahl 2009 teilweise fragwürdige Slogans wie der Werbespruch der FPÖ „Abendland in Christenhand“ auf. Dies verletzt den säkularen Charakter unserer Demokratie und hetzt gegen die Angehörigen nicht christlicher Religionsgemeinschaften. Wir sind alle Österreicher!

Gemäß Österreichischem Parteiengesetz erhalten Parteien einen Wahlwerbungskosten-Beitrag. Wir sprechen uns gegen die Auszahlung dieser Förderung an Parteien, die in verhetzerischer Weise Wahlkämpfe führen, aus und wir treten gegen die Verwendung religiöser Symbole für parteipolitische Zwecke ein.

Parteien, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren, dürfen keinen Wahlwerbekosten-Beitrag erhalten bzw. bei Verstoß zurückzahlen.

Wir ersuchen den Nationalrat die Vereinnahmung von jeglicher religiöser Symbolik durch politische Parteien gesetzlich zu verbieten, bzw. jenen, die dies missachten, den Wahlkosten-Beitrag zu entziehen.

Bürgerinitiative gegen den Modernen Kreuzzug

Erstunterzeichner/In

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
Jacob Samuel Lassar				

Unterschrift

Unterstützungserklärungen:

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift
Leonard Bronner				
Moritz Yvon				